



Stettiner

Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 1. Mai 1884.

Nr. 203.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 30. April.

Der Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministersth: Unterstaatssekretär Hesfurth und mehrere Kommissarien. Später Minister von Puttkamer.

Der erste Gegenstand ist die zweite Berathung des von den Abg. Stachmann und Zelle beantragten Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853.

Die verstärkte Gemeinde-Kommission beantragt die Annahme des folgenden Gesetzentwurfs:

Einiger Artikel: Zwischen die §§ 21 und 22 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853 (Gesetzamml. pr. 1853, S. 261) tritt ein neuer § 21a in folgender Fassung:

§ 21a. Wenn wegen großer Ungleichheit der Wählerzahl in den Wahlbezirken derselben Abteilung eine Aenderung von Gemeindebehörden beschlossen und dieser Beschluss von der Aufsichtsbehörde bestätigt wird, oder wenn die Aufsichtsbehörde aus denselben Grunde eine solche Maßregel anordnet, so hat der Magistrat die neue Eintheilung in Gemäßheit des § 14 festzusetzen und sofort bekannt zu machen, in welcher Ordnung die Ergänzungswahlen von den neuen Wahlbezirken vorgenommen werden sollen.

Nachdem der Referent Abg. Wessell (frist.) den Antrag der Kommission kurz begründet, erklärt der Regierungskommissar Oberpräfektrath Haibey, daß er Namens der Staatsregierung ein Eingehen auf die Vorlage nicht in Aussicht stellen könne. Der Herr Minister habe allerdings früher bereits anerkannt, daß der Antrag ein, wenn auch nicht das lezte Mittel zur Befestigung der Schwierigkeiten abgebe, und daß es nicht ausgeschlossen sei, der Regelung dieser Frage bei einer organischen Umgestaltung der Städteordnung näher zu treten. Ein dringendes Bedürfnis, welches es rechtfertigen könnte, die Städteordnung auf dem vorgeschlagenen Wege zu ergänzen, könne die Staatsregierung nicht anerkennen. Die Möglichkeit, die Feststellung zweckentsprechender Kommunalwahlbezirke herzuführen, sei nach Maßgabe des § 79 der Städteordnung vorhanden, und somit liege ein Bedürfnis

zum Erlass eines Spezialgesetzes nicht vor. Die Staatsregierung müsse deshalb empfehlen, es bei der gegenwärtigen Bestimmung der Städteordnung zu belassen.

Abg. v. Minnigerode (cons.) erklärt sich gegen den Kommissionsantrag, indem er zunächst ausführt, daß man dem Antrage Straßmann-Zelle das Motiv unterschreiben könne, als ob man mit demselben die Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als eine nicht nothwendige Maßregel charakterisiren wolle. Der Antrag sei aber auch nicht geeignet, das Unel in einer normalen Weise zu befeitigen, da er z. B. für einige Zeit einem Theile der Wähler das Wahlrecht entziehe, und ein Bedürfnis liege für den Antrag nicht vor. Aus diesen Gründen müßten er und seine Freunde bei ihrer ablehnenden Haltung dem Antrage gegenüber verharren.

Abg. Stachmann widerlegt kurz die Ausführungen des Vorendners. Der Vorwurf, daß der Antrag einen Theil der Wählerschaft seines Wahlrechts beraube — für kurze Zeit — ist zutreffend, aber ganz dasselbe trete ein, wenn eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden habe. Redner beleuchtet dann kurz die Bedürfnisfrage, welche von der Kommission bejaht worden, und empfiehlt die Annahme des Antrages derselben.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag der Kommission mit allen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Berathung des vom Abg. Bachem gestellten Antrages auf Abänderung der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856.

Die verstärkte Gemeinde-Kommission beantragt für diese Aenderung folgende Fassung:

"In der Rheinprovinz ist unter dem Wohnsitz behufs Ausübung des kommunalen Wahlrechts derjenige Ort zu verstehen, in welchem Demand eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Belbehaltung einer solchen schließen lassen.

Abg. Dr. Bierling beantragt, statt der Worte „in der Rheinprovinz — zu verstehen“ zu setzen: „Als Wohnsitz im Sinne der Städteordnung der Rheinprovinz, der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz von 1845 und des Gesetzes betr. die Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz von 1856, ist derjenige Ort anzusehen.“

Sie hat mir die größte Freude gemacht, welche ich von ihr erwarten konnte, nämlich mich eines schönen Tages stehen zu lassen und nie mehr wieder ein Lebenszeichen von sich zu geben.

In Anerkennung dieser guten Handlung ernenne ich sie zu meiner Universalerbin.

Indessen knüpfe ich an dieses Regat eine ausdrückliche Bedingung, und zwar, daß sie sich unmittelbar nach der Verlassenschafts-Abhandlung wieder verheirate.

So bin ich dessen gewiß, daß wenigstens ein Mensch meinen Tod belügen wird.

8. März 1882.

Gezeichnet: Dr. Blaizenz L.

Nachschrift: Welcher sich nicht vorzuwerfen hat, jemals das Leben eines seiner Patienten gerettet zu haben."

Man kann sich die Ettäuschung der Lebendigen vorstellen, als sie in dieses Testament Einblick gewannen. Da dasselbe aber die Spuren einer besonderen Bizarrie befindet, sochten sie die Gültigkeit des Schriftstückes an, indem sie behaupteten, der Erblasser wäre bei dessen Abfassung nicht mehr zur Rechnungsfähigkeit gewesen.

Das Testament sei daher als null und nichtig zu betrachten. Die zweite Kammer des Seine-Zivilgerichtes ist jedoch mit diesem durch die originellen Auslassungen eines Menschenfeindes herausbeschworenen Prozesse auf's angelegentlichste beschäftigt.

Folgendes ist mein Testament.

In dem Augenblicke, da ich es verfaße, glaube ich wohl, körperlich gesund zu sein; ich möchte aber nicht darauf schwören, bei gesundem Verstände zu sein. Solch lächerliche Prätentionen überlasse ich anderen Leuten.

Ich besitze ein Kapital von 70,000 Francs. Wie viel Thränen, wie viel Lüge und Verrat würde ich wohl mit diesem Gelde erkaufen haben können? Diese 70,000 Francs dachte ich zuerst dem allgemeinen Wohltätigkeits-Verein zu vermachen. Aber ich sagte mir: Wozu?

Die wahren Wohlthäter der Menschheit sind: der Krieg und die Cholera.

Und dann habe ich ja noch eine Schuld der Dankbarkeit abzutragen gegen meine heuere Gattin Celestine Melanie, welche, ich weiß nicht wo, woht.

Gegen die Stimmen der Linken wird der Antrag des Abg. Dr. Bierling angenommen.

Hierauf vertrat sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Definitive Abstimmung über die

Zagordnung, zweite Berathung der Kommunal Vorlage.

Schluß 12 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Bezuglich der Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu der Internationalen afrikanischen Gesellschaft und ihren Erwerbungen am Kongo sind wir in die Lage versetzt, die folgende Erklärung zu veröffentlichen, die der nordamerikanische Gesandt in Brüssel, Mr. Sandford, abgegeben hat. Das Atteststück lautet:

„Die internationale Gesellschaft vom Kongo erklärt, daß sie die in den Thälern des Kongo und des Niedi Quilu gelegenen, ihr vertragsmäßig von den legitimen einheimischen Souveränen abgetretenen Territorien zu freien Staaten erhoben hat;

dass diese Staaten als Abzeichen eine blaue Fahne mit einem goldenen Stern in der Mitte angenommen haben;

dass die erwähnten Staaten beschlossen haben, die Produkte der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche in ihr Gebiet eingeführt werden oder daselbe passieren, um auf der längs den Stromschnellen des Kongo erbauten Straße weiter transportiert zu werden und auf diese Weise das äquatoriale Afrika der Zivilisation und dem Handel zu erschließen, mit kleinerer Zoll zu belegen;

dass sie den Bürgern der Vereinigten Staaten, welche sich auf ihrem Gebiete niederlassen werden, das Recht, dort zu laufen, zu verlaufen, Ländereien und Gebäude in Pacht zu nehmen, Geschäfte zu errichten und Handel zu treiben, verbürgen unter der einzigen Bedingung, sich den Gesetzen zu fügen. Sie verpflichten sich außerdem, niemals den Angehörigen irgend einer Nation Vorherrschaft und Privilegien zuzugeben, ohne dieselben zu gleicher Zeit noch auf die Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika auszudehnen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ihrerseits macht der Internationalen Gesellschaft vom Kongo Mitteilung, daß ihr die vorstehende Erklärung zugegangen ist, und befiehlt ihren Beamten zu Wasser

und zu Land, die Fahne der Internationalen Gesellschaft vom Kongo als befreundetes Banner zu behandeln.“

Die „Prov.-Korr.“ bringt einen Artikel „Halbe und ganze Gegner des Sozialistengesetzes“; es heißt in dem Artikel:

Dieses Gesetz umfaßte das Mindeste dessen, was nach Ansicht der verbündeten Regierungen notwendig war, um den durch die Ereignisse des Jahres 1878 klargestellten Gefahren zu begegnen und für die Erhaltung der bestehenden Ordnung und des bürgerlichen Friedens Sicherheit zu schaffen; zu diesem Zwecke entschloß sich der Bundestag erst, nachdem eine weitergehende Vorlage abgelehnt worden war. Abschüsse von dem Sozialistengesetz würden dessen ohnehin beschränkte Repressionskraft mindern, praktische Schwierigkeiten der bedenklichsten Art im Folge haben und gleichwohl an dem Anenahme-Charakter dieses Nothgesetzes so wenig zu ändern vermögen, daß die grundjählichen Gegner aller Ausnahmegerichte auch im Falle des Zustandekommens dieser Abschwächungen bei ihrer Ablehnung verharren müßten. Damit hängt zusammen, daß die Windhorst'schen Vorschläge außerhalb der Zentrumspartei und Zentrumsprese nirgends Anklang gefunden haben und daß die von der Kommission beliebte Annahme einzelner Vorschläge auf Abänderung des Sozialistengesetzes schlechterdings keine Gewähr für eine Zustimmung zu dem Gesamtvorlage darbietet . . . Kann ein „Ausnahmegericht“ zur Zeit nicht entbehrt werden, so muß dasselbe die nötigen Handhaben für eine wirksame Repression derjenigen Ausnahmehcheinungen behalten, gegen welche es gerichtet ist. Wer das nicht will, will die Sache überhaupt nicht und sagt das am besten gerade heraus.

Um solchem Eingeständnis aus dem Wege zu gehen, haben gewisse Organe die Formel nachgesprochen, nach welcher zwischen anarchistischen und sozialdemokratischen Bestrebungen unterschieden und die eigentliche Repression ausschließlich oder doch wesentlich gegen die ersteren gerichtet werden müsse. Mit der gemachten Unterscheidung hat es seine Richtigkeit; wird denn aber dadurch, daß die deutsche Sozialdemokratie die Bestielläten der Most und Geissen nicht mitmacht, die Kopenhagener Protokollserklärung vom 2. März 1883 aus der Welt geschafft, in welcher die sozialdemokratische Partei sich „eine revolutionäre Partei“ nennt, die „revolutionäre Ziele verfolgt und über die Durchführung auf revolutionärem

„auf dem Fürsten Bismarck“ ihr Recht zu Theil bekommen sei.

Wie die deutsche Sprache in Amerika verschafft wird, schildert ein Feuilletonist des „Deutschen Heim“ durch folgende erbauliche Beispiele. „Wenn der Deutsch-Amerikaner von einer Dame sagt, sie trage das Haar in langen Kräuseln auf dem Kopf, so meint er in langen „Locken“ (curls). Er ändert nicht seine eigene Meinung, sondern er tähnscht (to change) seinen „Meind“ (the mind); er fragt nicht, „was ist Dir passirt?“ sondern „was ist de Mätter (the matter) mit Dir?“ Der Deutsch-Amerikaner ist nicht in der Elle, die Pferdebahn zu erreichen, er ist vielmehr „in der Hörp (hurry), die Ear zu lätschen (to catch the ear). Ich höre einst in Newyork, wie eine süddeutsche Frau einer antwort, die nach dem Theater gehen wollte, zu einer: „Thun Sie sich gut endschau!“ (to enjoy stay unterhalten). Ein alter Deutsch-Amerikaner, der schon über dreißig Jahre in Amerika gelebt hatte und dem das Geschäft, was eigentlich von dem, was er sprach, englisch und was deutsch sei, vollständig abhanden gekommen war, gebrauchte nicht selten in einem Satz dasselbe Wort einmal deutsch und einmal englisch. So erinnere ich mich, gelegentlich folgenden Satz aus seinem Munde gehört zu haben: „Heute hab ich für meinen „Dog“ (dog = Hund) ein „Hundhaus“ gebilt.“ (to build = bauen.) Auch die Journalisten machen diese Unart mit: in den deutsch-amerikanischen Blättern winnelt es von englischen Broden und englischen, wörtlich ins Deutsche übertragenen Redewendungen. Das Stärkste darin wird vom Publikum im Inseratenheft geleistet. Da heißt es u. A.: „Erster Klasse uprigt und square Pianos gegen cash oder Raten billig zu verkaufen.“ Das soll auf deutsch etwa heißen: Ausgezeichnete aufrechte und taftförmige Pianos gegen baar zu. Und das ist ein deutsches Inserat in einer deutschen Zeitung!

Wege keine Illusionen begt". Ist durch die Los-sagung von Most und Hasselmann etwa der im Jahre 1880 zu Wyden gefasste Parteibeschluß, die gesell-schaftliche Umwälzung „mit allen“ (nicht blos den gesellschaftlichen) Mitteln anzustreben, zurückgenommen oder die Erklärung von 1881 widerrufen worden, nach welcher die Sozialdemokraten wählen, um die Massen zu revolutionieren? Und weiß die „Germania“ wirt-schlich nicht mehr, daß es das Organ der „Gemäßigen“ gewesen ist, welches am 25. Mai 1880 in nicht wiederzugebenden Ausdrücken Vernichtung des Christenthums und Ausrottung des Gottesglaubens auf die sozialdemokratische Parteifahne schrieb?

Die Erinnerung an diese Thatsachen genügt zu-gleich zur Widerlegung des Vorgebens der „Frei-sungen“, daß es ausreichen würde, an die Stelle des Sozialistengesetzes ein Gesetz gegen den Gebrauch von Sprengstoffen zu setzen. Die Meinung, daß das allein Gefährliche an den anarchistisch-sozialdemokratischen Umtrieben unserer Tage der Gebrauch von Dy-namit sei, und daß geholfen werden könnte, wenn man die Anwendung dieses Zerstörungsmittels verhindere, — diese Meinung zeigt von so vollendetem Verkenntnis der Zeit, ihrer Zeichen und Gefahren, daß eine Widerlegung derselben nicht erst der Mühe verloht. Nicht darauf allein kommt es an, die ge-meingefährlichsten und verderblichsten Ausbrüche des Revolutionsgeistes zu verhindern, sondern darauf, der systematischen Propaganda für Ideen entgegenzutreten, welche schließlich zu Dynamitattentaten und Mordmorden führen.

Die „Dresdner Nachrichten“ bezweifeln die Richtigkeit der Angaben über ein bei Entstüllung des Niederwald-Denkmales beabsichtigtes Attentat. Wie der Redakteur der „Dresd. Nachr.“, Dr. Bierer, selbst geschen hat, wurden nicht Drainrohren gelegt, vielmehr ließ der Architekt Weißbach auf der Oberfläche des aufgewicherten Lehmbodens kleine Minnen ziehen, um dem Regenwasser Abzug nach den Weinbergen zu verschaffen. Das Kaiserzelt war frei an die Berg-leine angebaut und klebte daran wie ein Vogelnest. Drainrohren führten unter dieses Kaiserzelt nicht, ebenso wenig wäre es möglich gewesen, unter das Fundament der „Germania“, das aus hartem Gels besteht, Drainrohren unbemerkbar anzubringen. Das Gerücht von einem beabsichtigten Attentat mag, wie das genannte Blatt weiter mittheilt, seinen Ursprung darin haben, daß am zweiten Tage nach der Entstüllung des Denkmals auf dem Festplatz bei Rüdesheim eine Explosion stattfand, welche ein entlassener Kellner dadurch veranlaßte, daß er das Flaschenlager seines früheren Prinzipals aus Rache mittelst irgend eines Sprengstoffes, man vermutete Dynamit, in die Luft sprengte. Einige 100 Glöckchen Rüdesheimer haben den Hals gebrochen, doch weiter wurde kein Schaden verursacht. Die Verantwortlichkeit für diese Darstellung überlassen wir den „Dresd. Nachrichten“.

Die von England geplante Konferenz be-huft Abänderung des egyptischen Liquidationsgesetzes kann, wenn nicht alle Anzeichen trügen, als gescheitert gelten. Sämtliche Mächte mit alleiniger Ausnahme Frankreichs haben zwar laut einer Mitteilung der „Daily News“ ihre Zustimmung erklärt; es kann jedoch kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß Frankreich, falls es nicht den Vorschlag pure ablehnt, seine Zustimmung von Bedingungen abhängig machen würde, deren Erfüllung höchst unwahrscheinlich ist. Während England die Konferenz lediglich auf das finanzielle Gebiet eingeschränkt wissen will, würde sich die Regierung Jules Ferry's im schroffsten Gegenzug zu der gesammten öffentlichen Meinung Frankreichs befinden, falls sie nicht darauf bestehen sollte, in ir-gend welcher Form die Wiederherstellung des französischen Einflusses in Ägypten zu fordern. Diese von der gesammten Regierungsgesprese verhiedigte Lösung: „Jaht oder ne!“ steht jedoch in direktem Wider-spruch mit dem Programm der Konferenz selbst, daß logischer Weise eine Ablehnung des englischen Vor-schlages geboten erscheint. Es entsteht nur die Frage, ob das Kabinett Jules Ferry infolge dem Drängen der öffentlichen Meinung nachgeben wird, daß es trotz des klar ausgesprochenen Programms den Versuch macht, eine Abänderung derselben herbeizuführen; ein Versuch, der jedoch bei dem Widerstand Englands völlig aussichtslos ist. Von dem Korrespondenten der „Nat. Ztg.“ wird gemeldet:

Paris, 29. April. Jules Ferry konferierte heute Morgen längere Zeit mit den Botschaftern de Courcier und Waddington. Man glaubt, daß Frankreich die Konferenz nicht bestehen werde, falls nicht England zuvor kündige Garantien bezüglich der ihm zugeschriebenen Absichten, das Protektorat über Ägypten oder die Annexion dieses Landes durchzuführen, geben sollte.

Die englische Politik bezüglich Ägyptens kommt zu seltsamen Ergebnissen. Ehe die Regierung den General Gordon zu Rache zog, trat ein Theil der ihr nahe stehenden Presse dafür ein, daß man die Beamten und Garnisonen im Sudan ihrem Schick-sal überlassen solle, und es für die beste Erledigung der Sudanfrage erklärte, wenn dieselben alle mög-lichst rasch von den Aufständischen gespiest würden, so daß die egyptische Herrschaft über den Sudan wie „mit einem blutigen Schwamme“ weggeschwunden wäre. Es folgt sodann das mit dieser Politik allerdings nicht übereinstimmende Gordon'sche Experiment; nachdem nun leichter möglich ist, lassen sich „Daily News“ durch den Vertrag der Garnison von Berber, deren größter Theil, als man sich im Stich gelassen sah, zum Feinde überging, zu einem förmlichen Sy-nodus auf die Klugheit dieses Entschlusses begeistern, dessen Nachahmung sie den übrigen Garnisonen mit Ausnahme allerdings der Besetzung von Khartum — warm empfiehlt. Der seltsame Artikel schließt:

Khartum birgt unsere Agenten, für dessen Leben wir, innerhalb der Grenzen praktischer Mög-lichkeit, verantwortlich sind, aber es ist auch ohne uns sicher. Berber ist zum Feinde übergegangen — das

Beste, was es gethan haben könnte. Wenn die Re-gierung feststeht und es ablehnt, den Spielraum ihrer Verpflichtungen zu erweitern, wird die gesunde Ver-kunft des Landes sich um sie schaaren. Früher oder später werden Engländer von Durchschnitts-Intelligenz die Thorheit dieses Geschrei nach einem Feldzuge in einem wenig bekannten Himmelstriche und für un-säre Zwecke einsehen. Wenn General Gordon die übrigen Garnisonen nicht durch friedliche Mittel ret-ten kann, müssen sie für sich selber sorgen. Es ist keine Ursache für die Annahme vorhanden, daß sie ermangeln werden, sich mit ihrem Angreifern zu ver-gleichen. Ihre Gefahr liegt eher in übelherabsehenden Entzähver suchen. Das Los von Tolar und Ver-ber ist begehrter als das Schicksal Sinks.

Da „Daily News“ ein der Regierung nahe-stehendes Blatt und begründete Ursache vorhanden ist, den vorstehenden Artikel als inspirirt zu betrachten, wird man nicht fehlgreifen mit der Auffassung, daß die Betrachtungen der „Daily News“ die fünfjährige Politik der Regierung in Bezug auf den Sudan wie-dergeben. Es läßt sich freilich nicht absehen, warum gerade die Garnison von Khartum sich der von London her empfohlenen Klugheit verschießen sollte. Die Sudanesen würden sie, wenn sie den Kopf Gordon's mitbrächten, gewiß mit offenen Armen aufnehmen und „Daily News“ müßten einen solchen Entschluß der Garnison Khartums konsequenterweise für sehr klug, zweckmäßig und eben damit für ganz korrekt erklären.

Aus Kairo wird demselben Blatte gemeldet, ein Telegramm aus Assuan konstatiere die Ankunft zuver-lässiger Boten, welche versichern, daß Daman Digma Assuan sofort anzugreifen beabsichtige. Diese Nach-richt hat keinen Sinn; wahrscheinlich ist statt Assuan Suakin zu lesen; jedenfalls steht Daman Digma weit von Assuan entfernt.

Nusland.

London, 28. April. Mit der vor einigen Wo-chsen in Birkenhead erfolgten Verhaftung John Daly's, in dessen Besitz drei Explosionsgeschosse gefunden wurden, hat die Polizei, wie es sich nunmehr herausstellt, einen glücklichen Griff in die Neige der Verschwörung gethan, welche den irischen Wirren seit den letzten zwei Jahrzehnten zu Grunde liegt. In Daly und anscheinend in noch höherem Grade in seinem in Birmingham verhafteten Hauswirths J. F. Egan ist man ohne Zweifel zweier hervorragender Führer der senischen Verschwörung habhaft geworden, die seit Jahren in dem Geheimbunde der „irischen republikanischen Bruderschaft“ eine hervorragende Rolle gespielt haben. Bei der am Sonnabend vor dem Polizeigerichte in Birmingham weitergeführten Voruntersuchung erschien Mr. Poland als Anwalt der Krone und theilte mit, daß gegen Egan und Daly, der am selben Tage vor dem Polizeigerichte in Liverpool stand, die Anklage wegen Hochverrats erhoben werden würde. Die Po-licei hat nämlich in dem Haushalte Egans unter den Wurzeln einer Ulme eine Blechkiste aufgefunden, die mit Dokumenten der gravirenden Art angefüllt war und die Beweiskette enthält, daß Egan seit sieben Jahren das Amt eines der Direktoren der senischen Verschwörung in England bekleidete. Unter diesen Do-kumenten befinden sich u. A. auch die gedruckte Ver-fassung der am 18. August 1869 gegründeten irischen republikanischen Gesellschaft, in welcher Irland als Republik erklärt und ein Directorate von 11 Mitgliedern eingesetzt wird, welchem auch die Anwerbung von „Soldaten“ und Mitgliedern der irischen republikanischen Bruderschaft zur Pflicht gemacht wird. Vom Jahre 1872 angefangen war Egan, wie dies aus vielen von ihm geschriebenen und an ihn gerich-teten Briefen hervorgeht, der Vorstand der senischen Verschwörung im Süden Englands. An ihm wurden die Beiträge der Mitglieder zum Waffenkauf und zum „Kriegsfond gegen England“ eingezahlt und Be-richte über die geslogene Versammlungen eingeliefert, die er an die Zentrale in London gelangen ließ, von wo aus er wieder seine Weisungen erhielt und mit der Führung von Disziplinar-Untersuchungen betraut wurde. Die ganzen Schriftstücke gewähren einen außerst interessanten und für die Polizei lehrreichen Einblick in die Organisation der senischen Gesellschaft, der noch seine Früchte tragen dürfte. In dem Schlossinner Daly's fand sich ein Aeuweis über die von 1879 bis 1881 erhaltenen Schußwaffen, zumeist Revolver und Hinterlader, deren Zahl mit 8297 angegeben wird. Egan, welcher anfanglich sehr gespiet war, ver-sankte sich, als er hörte, daß sein Archiv aufgefunden worden sei, und legte während der ganzen Rede Mr. Polands eine nervöse Unruhe an den Tag. Er nahm in Birmingham eine angesehene kaufmännische Ver-trauensstellung ein und Niemand hegte gegen ihn den Verdacht, daß er dem Bunde der Jenler angehöre. Egan wurde für weitere acht Tage zurückgestellt; das-selbe geschah mit Daly in Liverpool, der nach Birmingham überschifft werden wird, um mit Egan kon-takt zu treten. Daly beklagte sich darüber, daß ihm Gesellen angelegt seien, und verlangte Abhülle; der Richter erklärte jedoch, dies müsse dem Erstkläser der Polizei anheimgestellt bleiben.

Richter Denman, welcher das Todesur-theil über O'Donnell, den Mörder Carey's, ausge-sprochen, wurde neuerdings von den Jenfern in einer so bedenklichen Weise bedroht, daß die Polizei es ge-rathen fand, die größten Vorsichts-Mafregeln zu se-nem Schutz zu treffen. Der Gerichtssaal, wo Rich-ter Denman tagt, ist von Polizisten besetzt, und alle Eintretenden, die keine amtliche Stellung einnehmen, werden einer Untersuchung unterworfen, um die Ge-wissheit zu haben, daß keine Mordwaffen eingeschmug-gelegt werden.

Das irische Parlamentsmitglied Mr. O'Kelly, der, wie wir vor einigen Tagen meldeten, die Rückreise aus Dongola antrat, wurde in Ägypten verhaftet. Man fand bei ihm Dokumente sehr gravirter Art, u. A. auch, wie der „Dublin Express“ meldet, Briefe von Franzosen an den Mahdi

und dürfte eine Anklage sehr ernster Natur gegen Mr. O'Kelly erhoben werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Mai. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zu Grabow war nur ein Punkt der Tagesordnung von Interesse, welcher das Schulwesen betraf. Die Grabower Stadtschule wird jetzt von 151 Kindern besucht und ist derart überfüllt, daß bis Michaelis 3 neue Klassen eingerichtet werden müssen. Das alte Schulhaus bietet nicht mehr den geringsten Raum, geeignete Räume sind nicht zu beschaffen und ist daher die Schuldeputation der Frage wegen Neubau eines Schulhauses näher getreten.

Es soll in der Langenstraße ein Neubau für 12 Klassen und eine Schuldienst-Wohnung errichtet werden, welche im April nächsten Jahres der Benutzung übergeben werden kann. Die Kosten sind auf ca. 50,000 Mark veranschlagt worden und sollen durch ein Amortisations-Darlehen bei der Provin. Prov. Hülfskasse zu 4 pCt. Zinsen und 1 pCt. Amortisation bei einer Amortisationszeit von 41 Jahren gedeckt werden. Gleichzeitig soll der auf 3500 M. zu veranschlagende Patronatszuschuß beim Staate nachgesucht werden. Nach diesem Vor-schlag beschließt auch die Versammlung. Weiter wird die Anstellung eines 18. Lehrers mit einem Gehalt von 900 Mark vom 1. Oktober d. J. ab beschlossen, falls sich bis dahin die Notwendigkeit einer Neu-anstellung herausgestellt haben sollte. Gleichzeitig war der Antrag gestellt, für die Extrastunden, welche wöchentlich auf 12 Stunden veranschlagt sind, eine Re-muneration von 75 Pf. pro Stunde zu zahlen.

Hierbei kam zur Sprache, daß die Lehrer theilweise nicht wöchentlich 30 Stunden abhalten, wozu sie nach den Volatonsbedingungen verpflichtet sind und daß sie durch Übernahme von Privatstunden die Interessen der Stadtschule schädigen. Der Antrag wurde deshalb abgelehnt und beschlossen, vorher durch die Schul-deputation feststellen zu lassen, a. wie viel Stunden jeder Lehrer giebt, b. ob eine bevorzugung einzelner Lehrer stattfindet und c. wie viel Stunden zur Ver-gütigung übrig bleibt. — In geheimer Sitzung stan-den u. A. die Wahl eines beförderten Beigeordneten auf der Tagesordnung. Es hatten sich zu der Stelle 50 Bewerber gemeldet, von denen 7 zu engeren Wahl kamen. Hiervon wurde der seit Jahren beim Ma-gistrat in Grabow thätige Magistrats-Assessor H. Schmidt gewählt. — In der im Monat März ab-gehaltenen geheimen Sitzung sind bereits die Herren Lampe und Seydel, deren Wahlperiode abgelaufen war, für die Zeit vom 1. Juli 1884 bis dahin 1890 als umbeförderte Stadträthe wieder gewählt.

Der vorgestern durch einen Sturz von dem Neubau Rosengarten 72 verunglückte Maurer hilft nicht, wie mir mitgetheilt, Karl Schmidt, sondern Samuel Nass.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch passirten zwei Beamte der „Germania“ den Roßmarkt von der Abgeberstrasse Seite, zwei Offiziere kamen ihnen entgegen und bei dem schmalen Trottoir mögen sie sich wohl beim Passiren gegenseitig etwas berührt haben. Die Offiziere hängten den Beamten sofort den Ehrentitel „Flegel“ an, worauf einer der Letzteren sofort in echt pommerscher Weise Antwort ertheilte. Die Offiziere zogen ihre Säbel, schlugen auf ihre Gegner ein und verlepten auch den einen durch zwei Hiebe am Kopf; diese aber wehrten den Angriff in so thakräftiger Weise ab, daß erst der eine, später auch der zweite Offizier unter Zurück-lassung der Mützen das Weite suchte. Diese nächtliche Auseinanderstzung dürfte wohl noch eine Untersuchung nach sich ziehen.

Vermischte Nachrichten.

(Drei Briefmarken-Sammler.) Der „Magdeburger Zeitung“ ist ein aus Berlin hierher gesandter Brief unterbreitet worden, aus dem sie folgende bemerkenswerte Stelle, welche sich auf die kaum glaubliche Zudringlichkeit jugendlicher Brief-markensammler bezieht:

„An den Regenten (König) gehen seit einiger Zeit Briefe ein aus der Gegend von Blankenburg am Harz, in welchem die Absender den Regenten um Briefmarken der hiesigen Post bitten. Nach der Schrift und dem In-halte zu urtheilen, sind diese Briefe von Schülern der mittleren und höheren Schulen geschrieben. — Lieber Vater! Du hast keine Idee davon, wie dies Thun hier das Ansehen jedes Deutschen herabwürdig und wie es den Verkehr derselben erschwert und sogar deren Lebensstellung aufs Neueste gefährdet. Die Angehörigen aller anderen Nationen leben mit Gering-schägung auf uns und der Regent äußerte sich da-hin, daß er davon überzeugt ist, daß es keinen einzigen Bewohner Alsen gibt, welcher den Kaiser von Deutschland um eine Briefmarke anbetteln würde. — Da ich diese nur deutsch geschriebenen Briefe für den Regenten vollständig übersehen muß, so könnte ich die Namen der Schreiber nennen und so öffentlich bloßstellen. Ich will das für jetzt noch unterlassen; wir Deutschen hier halten jedoch jeden solchen Brief eines Deutschen für unauslöschlich herabwürdig für den Schreiber wie für den Absender, und, wie ge-sagt, für alle Deutschen im Auslande schädigend und entehrend anderen Völkern gegenüber. Vielleicht hast Du selber, lieber Vater, bei einer Harzeise unwillentlich Veranlassung zu solchem Thun gegeben durch freundliche und uneigennützige Verabfolgung hiesiger Briefmarken meiner Sendungen an einzelne Samm-ler, und eilige Schuljungen und Kadetten mögen dann danach begierig geworden sein. Das Verfahren derselben ist um so tadelnswürther, als alle Arten von Briefmarken im Handel und Verkehr ohne wesentliche Schwierigkeiten zu erlangen sind, und wer eine Art derselben nicht erhalten kann, hat Vericht zu leisten oder zu warten, aber nicht sich selbst und seine Na-

tion zu entheben. Was sollte wohl aus den Regen-ten des Erbalkes werden, wenn jeder der 150 Mil-lionen Schuljungen und Kadetten von jedem Regen-ten mit Briefmarken in Antwortbriefen ausgestattet werden wollte und sollte. Wir hier sind der Mei-nung, daß jeder Vater, jede Mutter oder jeder Vor-mund jegliche so unwürdig begehrte Marke als eine Entehrung der Familie ohne Gnade ins Feuer werfen und dem lieben Kinde mit angemessener Belehrung dazu wohlgezählte Fünfzehn aufs Erziehungsfestlich geben sollte.“

(Ein zweiter Kapitän Webb.) Das Schi-ral dieses unglücklichen Schwimmers scheint einen ge-wissen „Professor“ Bibbero in England nicht ab-schrecken zu wollen, denn derselbe bereitete sich, wie aus Newyork geschrieben wird, vor, im Sommer die Stromschnellen des Niagara zu durchschwimmen. Es darf wohl selten vorkommen, daß Demand, der Selbstmord begehen will, so lange Vorbereitungen trifft.

(Das Blutbad in der Kaserne zu Neapel.) Wie aus Rom berichtet wird, verurtheilte der Kriegs-minister die wachhabenden Offiziere jener neapolitanischen Kaserne, worin ein Soldat aus Rache ein Blutbad unter seinen Kameraden anrichtete, zu halb-jähriger Festungshaft und degradirte alle Unteroffiziere der beiden Kompanien. (Angesichts der Schand-wirtschaft, welche in der betreffenden Kaserne geherrscht haben muß, eine sehr wohlverdiente Strafe!) Der Soldat und Missethäter Misdea zu Neapel befindet sich noch immer im Castel dell'Ovo. Er trägt große Gemüthsruhe zur Schau und beschäftigt sich einer gro-ßen Ergebenheit gegen die Polizeibeamten, die mit sei-ner Bewachung betraut sind. Uebrigens schlafet er die meiste Zeit. Wenn man ihn über die Gründe seiner blutigen That befragt, gibt er an, daß er für die schlechte Behandlung von Seiten der Korporale habe Rache nehmen wollen. Außerdem habe man in sei-ner Kompanie immer die Kalabren verhöhnt, und er habe einmal zeigen wollen, wie ein Kalabre fä-hig sei. Auf die Frage, weshalb er sich nicht bei den Vorgesetzten beklagt habe, erwidert er, die Kalabren pflegen nicht Klage zu führen, sondern Andere zum Klagen zu zwingen. Bezuglich seiner Opfer läßt er nicht das geringste Bedauern merken. Tod sei tot, sagt er, und man müsse die Toten immer ruhen lassen.

(Kindermund.) „Aber Kinder, spielt doch ordentlich und habt nicht immer Streit!“ — „Wir haben ja gar keinen Streit, Mama, wir spielen ja blos Papa und Mama!“

(Aus der Schule.) Lehrer: „Wie lange waren Adam und Eva im Paradies? — Nun, bis — bis —“ — Schüler: „Bis die Aepfel reif waren.“

(Theorie und Praxis.) Offizier: Soldat Müller, Sie haben bei der Geldeinschüttung durch Ihre Umstift und Entschlossenheit die Kompagnie aus sehr schwieriger Lage gerettet. Wenn's Krieg gewesen wäre, so hätten Sie einen Orden erhalten. Soldat: Und was bekomme ich jetzt? Offizier: Drei Tage Mit-telarrest, weil Sie den Mund nicht halten!

(Der Tapfere.) Hauptmann (auf die Brust eines Soldaten zeigend): „Von tausend! Wie kommt er an das Loch?“ — Soldat: Da ist 'ne Chasse-pistole durch gegangen.“ — H.: „Und er lebt noch?“ — G. L. G. O. D. Hauptmann, am 18. war's Si — das — und kaum hatte ich meinen Rock an 'n Boom gehängt — paup — kam so 'ne Ku-gel geslogen und schlug durch den Rock.“

Ein in Milwaukee erscheinendes Blatt bringt folgende originelle Notiz: „Eine junge Dame von Dervigo verlor, während sie in den Konzertsaal trat, eine Augenbraue. Der junge Mann, der sie begleitete, erblickte letztere am Boden und sie in Ohnmacht — er glaubte nämlich, das Ding, das auf dem Teppich lag, sei sein Schnurrbart.“

Darmstadt, 30. April. J. L. F. Höhnen der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, sowie J. L. Höhnen der Prinz Heinrich, die Erbprinzessin von Meiningen und die Prinzessin Victoria sind heute Vormittag nach Heidelberg gereist, um der Kaiserin von Österreich einen Besuch abzustatten. Die Rück-fahrt von dort erfolgt heute Nachmittag.

Wien, 30. April. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das kaiserliche Handschreiben vom 27. d. J., welches den König von Rumänien zum Ritter des Ordens vom Goldenen Kreise ernannt.

Petersburg, 30. April. In dem Gouvernement Kasan, welches nach einigen Nachrichten von einer förmlichen Hungersnoth heimgesucht ist, ist der Landshof in Rücksicht auf die vorjährige Missernte auf ihr Ansuchen eine Unterstützung von 377,000 Rubel überwiesen worden; außerdem sind der von der Missernte betroffenen Bevölkerung einige Privilegien in Bezug auf die Zahlung der Steuern und das Reisen zum Auflöschen von Arbeit eingeräumt worden. Nach den dem Ministerium des Innern zugegangenen Berichten genügen die gegenwärtig der Landschaft zur Verfügung stehenden Mittel für die nothwendigsten Be-dürfnisse zur Verpflegung der Bevölkerung und Be-stellung der Felder.

Wie aus Kronstadt gemeldet wird, waren bei Krasnaja Gora zwei Dampfer stehbar. In dem Eise zeigten sich bei Kronstadt überall große offene Stellen, so daß die Größfung der Schiffs-fahrt bald erwartet werden kann.

Moskau, 30. April. Auf die neue Anleihe sind hier 5 Millionen Pfund gezeichnet.

Madrid, 29. April. Die ministerielle Presse fährt fort, die Eisenbahnkatastrophe bei Badajoz einem revolutionären Komplott zuzuschreiben. In Madrid, Kordova und Barcelona sind mehrere Zivil- und Militärpersonen verhaftet worden.

Lima, 29. April. Die Regierung des Präsi-denten Iglesias ist von England, Spanien, Italien und Holland anerkannt worden.